

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Abonnementpreis für die emp. Kleinverleiher oder deren Familien 30 Pf. für 12 Nummern, kleine Haushalte, Einzelverleiher und Familien betr. 25 Pf. Die Kündigung für die laufende Monatslieferung beim Monat vor dem Ende des Monats anzuzeigen. Sonstige Abnehmer sind nach Umständen höher zu berechnen. — Preisliste 10 Pf. — Druckerei und Verlagsanstalt.

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 54.

Sonntag, den 15. März 1919.

159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.

Befreiung der Waagen und Kauspnecker des Volks, ferner, Ringelsteiner usw. Erzeugerhörspreis für Grünstoff.

Tageschronik

- Roske hält Gericht über Spartakus.** Sozialisierungs- und Kohlegesetz angenommen.
- Eröffnung der preussischen Landesversammlung.** Beginn der Verhandlungen in Brüssel.
- Erhöhung des Marktpreises.**
- Spannung in Berlin.**
- Belagerungszustand über Merseburg.**

Roske über die Berliner Blutlage.

Sozialisierungs- und Kohlegesetz angenommen. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Reichswirtschaftsminister Roske einen Bericht über die Berliner Spartakusfälsche, die, wie er mitteilen konnte, mit dem Niederlegen der ganzen Bewegung gendeb haben. Seine außerordentlich wirkungsvolle Rede gelangte sich zu einem Triumph der Ordnung über die Unabhängigen.

Roske spricht. Wieder einmal schallt des langen bestrittenen Wortes energische Stimme durch den Saal. Wieder umhüllt ihn das Aufgebrüll der Unabhängigen, der Beifall seiner Freunde, zumeil auch der Reden. Unbestimmt gibt er seinen Bericht. Die rote Hitze in Berlin hat zur Folge gehabt, daß eine Schicht mit allen ihren Schreien dort gelobt hat.

Der Aufbruch ist niederschlagen.

und das erste volle Bravo geht bei diesen Worten durch das Haus. Nur die Säuberung muß noch fortgesetzt werden. Auf wessen Schuldkonto kommen die Vorgänge? Auf das der Sozialisten, die dort in trübselloser Weise die Welt der Freiheit der Unabhängigen. Hier brechen die Saal, Hien, Wurm, Coak, wühnd aus. Es ist ein minutenlanges Lärm, der durch das Haus tobt. Zurück und Gegenzurück. Links „Nein“ der Wechselschichten gegen das Gebaren der Unabhängigen. Dann erst kann Roske weiterreden. Er verliest einen Artikel der roten Fahne, eines der radikalsten Schwärze dieses Wortes, und sagt für sich begleitend ihm die Unabhängigen mit ihrem „Sehr richtig“ die So geht es Seite für Seite“, ruft Herr Roske, „und Sie hören, daß die Unabhängigen mit ihrem Sehr richtig...“

Wider Lärm

läßt seine übrigen Worte nicht vernommen werden. Man steht nur, wie er dreimal, viermal in zorniger Erregung mit der Faust auf das Rednerpult schlägt.

Endlich tritt wieder einermachen Ruhe ein. Er spricht weiter. Die rote Fahne habe er verboten, denn er könne nicht zulassen, daß Brandstifter mit offenen Fackeln an einem Vergnügungsort herumlaufen. Neuer Sturm, neue Unterbrechung. Dann gibt der Reichswirtschaftsminister eine Lebensfrist über die Berliner Ereignisse, und wechsellösungsfähige Ruhe tritt ein. Das Reden der Reichsminister, die Millionen der Reichsminister und Reichsminister schließt er, das ihm den Anschlag gab. Befehl zum Einrücken nach Berlin zu geben. Von Spandau spricht er, von den Rängen um das Volkspalais, von dem schändlichen Vorbruch der Volkspalais, die leimergestrichen, nur die Wachen, die für sie selbst nötig waren, zu behalten, und der jetzt Tausende von Gewehren 126 Wachen, gewogene, zur Gefährdung abgenommen worden sind, deren Vertreter ihm andröhnte am nächsten Tage würde es ein fünfbares Blutbad in Berlin geben, wenn er die Regimentsstruppen nicht zurückziehe. Die Volkspalaisministerin erließ nicht mehr, die unvollständige Depots der Republikanischen Soldatenwehr sind aufgelöst worden, statt 16 000 bisher werden vollständig nur 6500 Mann beibehalten.

Und Herr Roske spricht weiter. Er hebt das Andenken der für die Ordnung gefallenen Soldaten und befindet sich Grauen vor der wüsten Verfalltheit, mit der einzelne Soldaten hingeküßt worden sind; erwidert auf den

Bestien in Menschengestalt,

die sich in den Straßen Berlins ausgesetzt haben wie Amokläufer. „Sehr richtig!“ schreit Luise Zick dazu. „Nicht vor allen Dingen“. Er erhält ihren Erbauungsruf, wie vor ihr schon Herr Saal, der sich heute noch zorniger gebärdet als seine Parteigenossen. Die Berliner Arbeiterbewegung, die ungeduldigen Vorhänge, die der Lichtbeger Oberbürgermeister machte, wohl machen mußte — Spartakisten in die zu gründende Bürgerwehr, Freilassung aller Gefangenen und keinerlei Nachsicht, um die in Lichtberg eingeschlossenen Spartakisten zum Einstellen des Schießens zu zwingen — daß ein Eingehen auf solche Vorhänge ein Wahnsinn gewesen wäre, befragt Herr Roske des Hauses führender Geist. Von seinem Schicksal spricht er, und als ihm Saal entgegenruft, er wäre ohne rechtlichen Grundlage, da ruft Roske aus, daß er sich auf juristische Fiktionen nicht einlasse. Hier wäre ein Urzustand weit jenseits von Gesetz und Recht eingetreten, und was die Volkswirtschaft in Rußland unter dem Befehl des Herrn Däumig, was die Kommunisten in Braunschweig, Bremen und Düsseldorf anzuordnen sich das Recht genommen hätten, daß sie es für sich gleichfalls das Recht im Anspruch. Je eher, desto eher, die Zahl seines Redners hinter ihm von den Schreier genommen würde, desto lieber würde es ihm sein. Aber: „Ich lehne das Urteil meiner Nation nicht.“

Ein lebendes, immer wiederholtes Traualt durch das Haus. Saal riefen die Unabhängigen dazu. Das Haus befaßt sich dann wieder mit dem Sozialisierungsgesetz.

und zwar handelte es sich heute nur um Abstimmungen. Und dabei zeigte sich, welcher Gemut auch in dieser Krise wieder innerhalb der Reichs, nämlich zwischen den bürgerlichen Parteien auf der einen Seite und den Sozialisten auf der anderen Seite. Saal. „Aber“ wurde nach einer Reihe von Reden, welche mit wüsten Vorhänge, die die Durch- und Zerschlagung von ruffischen Geschleichen verhindern soll, in allen drei Beratungen erließ. Reichswirtschaftsminister Schiffer begründete die Vorlage kurz unter Hinweis auf die russischen revolutionären Wundenheiten bei uns.

„Der Rubel tollt in Deutschland!“

rief er aus. „Wir wollen uns schützen gegen den russischen Bolschewismus.“

Zu dem Sozialisierungsgesetz war ein Währungsreformgesetz u. Gen. (H. G.) eingegangen. Das Ergebnis der Abstimmung blieb zweifelhaft, deshalb wurde

der erste Hauptbeschluss

nicht, d. h. die Abstimmungen mußten durch die „Ja“-Stimmen, die die Unabhängigen nicht abgeben konnten. Mit 131 Stimmen 135, mit 131, und damit war der Währungsreformgesetz abgelehnt. Hier offenbarte sich zum erstenmal in einer Abstimmung die Auffassung der Unabhängigen, die die Mehrheit ist. Dasselbe zeigte sich gleich in einer weiteren Abstimmung. Abg. Herr u. Gen. (Soz.) hatten einen Antrag eingebracht, die Abstimmung, daß die Eintragung eines Eintrags in den Reichsanzeiger als ein Verbrechen, indem man erst 136 Ja-Stimmen und 92 Nein-Stimmen zählte, so daß sich der Antrag angenommen wäre. Bei einer Abstimmung stellte sich dann das Ergebnis auf 135:135, womit der Antrag gefallen war. Nach ein Dritter Antrag 135 u. Gen. wurde gegen die Sozialisten abgelehnt. Ebenso wurden die von der Mehrheit gebrachten Anträge abgelehnt und die Annahme des Gesetzes geschah auch gegen die Stimmen der Redner.

Sodann wird

das Kohlegesetz beschlossen.

Herr Dr. Wieland (Dem. Sp.) erklärt, seine Partei werde die Arbeit in den Kommunisten nicht mitmachen. Er macht die Vorgabe, jetzt aber gehörig zu fördern. Wenn er sich von dem Gesetz die Wirkung verspricht, dann wird er sich wohl einem Verstum hingeben. Die meisten Gründe der gegenwärtigen Herren werden in zwei Sozialisierungs- und Kohlegesetz gar nicht berührt. Herr Wieland (Dem. Sp.) tritt noch einmal gegen die Vorlagen in die Wortreden, ohne einen Erfolg zu erzielen.

Den Schluss der Tagung bildet eine Erklärung des Ministerpräsidenten Scheibemann, die eine kurze

Abgabe an alle Sozialisierungsverfuche

rechts- und linksheutigen Landes ausspricht. Sie hat den Republikanern vorher vorgelesen und ihre Zustimmung gefunden. Eine Entschädigung, die von allen Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Unabhängigen unterstützt ist, stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und erwidert um deren allgemeine Bekanntheit. Damit ist man mit der Tagesordnung und dem ersten Tagesabschnitt zu Ende.

Republik Rheinland?

Nach vor wenigen Tagen veröffentlichte die „Süddeutsche“ Auszüge aus drei Briefen, in denen sich die amerikanische Zeitschrift „New Republic“ auf das allseitig bewies gegen die Einseitigkeit des Saarlandes in Frankreich ausspricht. Die Briefe haben insofern Bedeutung, weil das genannte amerikanische Blatt Wilson sehr nachsichtig, weshalb man annehmen muß, daß es sich hier um die Ansicht Wilsons handelt. Der Pariser Korrespondent des „Corr. d. Sera“ behauptet wenige Tage später, Wilson würde den französischen Einwürfen in bezug auf die Regelung der deutschen Westgrenze keineswegs abneigend gegenüber. Als Wilson würde auch Frankreich zu den Nachbarn des Saarlandes vorziehen. Man wird sich über diesen Widerspruch wundern, wenn man sich überlegt, daß über diesen Widerspruch im Neben und Jenseits Wilsons überprüft zeigen kann. Wie alle Dinge, so muß man aber auch hier noch einer goldenen Mitte suchen. Allen Ansichten nach will Wilson nicht die Einverleibung des Saarlandes in Frankreich, aber auch nicht Frankreichs Teile in den Weg legen, die dieses Gebiet in irgend einer Form zu sichern. Und das ist die Information der Reichsminister. Wechselschichten der Nachrichten eine Lösung der Frage zu geben: Man will Frankreich nicht direkt, aber doch wenigstens um Umwegen zu seinem Ziel führen. Rheinland soll eine selbständige Republik werden. Es soll in selbständig werden, daß sogar die Zollgrenze gegen Deutschland nicht werden. Das heißt, desto mehr soll die Grenze dieser neuen Republik sich nach Frankreich öffnen. Der deutschen Industrie sollen, heißt es, „wenn von Frankreich alle Rohstoffe geliefert werden.“ Die Wünsche der deutschen Industrie sollen aber in keine Rücksicht genommen werden, bis allen deutschen Industrieansprüchen entsprochen werden ist. Frankreichs Hand soll demnach die Bestimmung in dieser selbständigen Republik erhalten.

Die Schaffung der Republik Rheinland ist notwendig für die Alliierten der einen der Weisen, von sie gebunden haben. Damit glauben sie eine schwierige Frage zu lösen, und Wilson will auf diese Weise seine Gedanken vom Selbstbestimmungsrecht wenigstens dem Scheitern nach behandeln. Noch vor nicht langer Zeit war die Rede von einer selbständigen Republik Rheinlands-Wechselschichten. Viele konnte selbstverständlich nicht so leicht Frankreich untergeordnet werden, wie eine Republik Rheinland, und deshalb ließ man geschickt Wechselschichten fallen. Es konnte preislich bleiben. Betrachtet man die Zusammenhänge, so muß man unbedingt zu der Annahme kommen, daß die Wechselschichten Information zurecht sein kann. So soll das urdeutsche Volk des Saarlandes überleben, so soll die Welt getrieben werden. Auf diese einfache Art will man am meisten und deutsche Bevölkerung langsam handhaben. Es ist selbstverständlich, daß wir uns gegen solche Bestimmungen der Alliierten desto entschiedener wehren müssen, wie gegen eine direkte Annexion des Saarlandes. Das sind wir nicht nur den Saarwohnern schuldig, sondern auch unserem Vaterland. Mit aller Macht streben wirere Hände dahin, Deutschland zu verlassen. Hier kann man nur zwei Plänen mit einer klaren Klage und wird es unweigerlich tun, wenn wir nicht rundum einen solchen Frieden ablehnen. Einmal würde uns das ganze Rheinland selbstverständlich verloren gehen. Eine reindeutsche Bevölkerung unter dem Diktandum der selbständigen Republik Frankreich aussprechen. Andererseits erwidert Frankreich, was es so lange gestrebt hat, was ihm direkt zu nehmen nicht von seinen Freunden angebilligt war: Die Annexion des Saarlandes! Doch durch die neue Form der Annexion nach anderer deutscher Gebietsteile und eine noch größere deutsche Bevölkerung über Wilson von seinem Vaterland abzuweisen wird, ist Frankreich wenig. Und der Erwerb dieser Wechselschichten ist nicht ins Gesicht geschlagen, Rheinland ist in selbständig!

Jetzt verliert man vielleicht auch die Pariser Erklärung, die dieser Tage durch die Presse ging: Frankreich wolle das Saargebiet in gar nicht annehmen. Doch Frankreich acht nicht, hat erst kürzlich Wilson behauptet, der in seinem Vortrag in Lyon über den Weltkrieg die Forderung aufstellte, daß Frankreich die Grenzen von 1815 mit Einverständnis des Saarlandes erhalten müßte. Doch Frankreich hat jetzt einen anderen heuchlerischen, ist wohl nicht ernstnehmen. Man redet jetzt aus bescheidenen Gründen lieber nicht von einer Annexion, sondern bezieht sich auf solche Gebiete, der Annexion, der (auf Saraguna der rheinischen Zentrumspartei) geschrieben ist, aber so auch zum Ziel. Schmalzschiff es nur, daß wiederum Deutsche den selbständigen Wechselschichten den Weg weisen, um unserem Vaterland schwereren Durchbruch zu tun.

Eröffnung des Preussischen Parlaments.

Die Eröffnung der preussischen Nationalversammlung fand am Donnerstag, den 13. März, 2 Uhr, im Berlin mochte das Ereignis nicht weiter bemerkbar. Durch die Wähler der Reichspartei genannt, waren die Sicherheitsmaßnahmen in ausserordentlich Weise getroffen worden. Die

der die Erlaubnis zum Einsetzen durch eine Karte mit Bild nachweisen konnte, wurde genau nach Waffens durchsucht. Schmutz gelb, die eine Sitzung der Nationalversammlung vor sich. Man merkt sofort, dass der größte Teil der Abgeordneten jedoch aus den Kreislagen auf dem parlamentarischen Gebiet. Die Abgeordneten sitzen vollständig zur Stelle. Die 22 weiblichen Abgeordneten befinden sich in der 3. Reihe in der ersten Reihe. Man sieht wenig bekannte Gesichter. Nur der weiße Kopf des Schwabacher-Botschafters ist noch zu sehen. Der Kommissar des Reiches leitet aus dem Namen des Reiches. Gott ist für alles neu.

Im Rahmen der provisorischen Regierung befragte Herr Bischoff die Versammlung. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung, so meinte er, ist ein Sinnbild der ungeheuren politischen Umwälzung, die sich seit der letzten Sitzung eines provisorischen Parlaments wie im Laufe 10 auch in Berlin vollzogen hat. Ein neues Reich ist im Werden und es maniere und würdevoll der Vergangenheit, die die deutsche Volk in seiner überlegenen Mehrheit besitzt die neue preussische Republik. Das preussische Volk will den Ausbau des Verfassungs, eines Staates. Ihnen steht die gewaltige Aufgabe bevor, aus den Trümmern des alten Vorkriegsstaats den neuen Volksstaat zu errichten. Mögen Sie getragen von Vertrauen des Volkes, unerschrocken durch verdrängenden Zorn auf der einen, durch rationelles Gespür auf der anderen Seite den richtigen Weg finden.

Der Redner geht dann auf die Bedingungen des Waffenstillstandes ein und auf die schwere Zeit, die darauf für den Staat folgt, indem

durch die vielen Streit immer neue Gefahren heraufbeschworen wurden. Nach besten Wissen und Gewissen habe die vorläufige Regierung dem Wohle des Landes und des Volkes gedient. Große Aufgaben stehen Ihnen bevor. Sie haben aufzukommen mit der Nation in der ersten im Weltkriege. Sie haben den Kampf zu führen, auch den Steuerwesen neu zu ordnen, die gewaltigen Probleme der Wohnungswirtschaft und öffentlichen Gesundheitspflege zu lösen, unter ganzem Vergleichs- und Unterrichtswesen auf neuere Grundlagen zu stellen. Nach wahren sie nicht ohne Preussens künftige Sorgen lasen. Wir können keinen preussischen Parlamentarismus.

Preußen ist bereit, aufzugeben im Reich, in der Republik im deutschen Einheitsstaat. Aber der denkbar ungewinnliche Weg zum deutschen Einheitsstaat wäre die Zerstückelung Preussens in stützungs- und lebensunfähige Zwergrepubliken. Der Redner schließt mit den Worten: Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen!

Die Fortbildung in der preussischen Landesversammlung.

Von unserer Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Schwer die Parteien heute wieder jede für sich und die Fortschrittler den anderen gegenüberstellen, ist man doch noch nicht zu einer Einigung gekommen, wie das Verhältnis gehoben, das hätte vonmengenweise werden soll. Das Zentrum ist als zentrale Partei des Hauses noch immer nicht bereit, ohne die gemäßigten Konzeptionen an einer Weiterbildung mit den Demokraten und Sozialdemokraten mitzuarbeiten. Man wird deshalb auch den morgigen (Freitag) Beratungstag gestalten und eine Einigung zu finden. Ganz aus dem mindesten die Antisozialisten des Zentrums nicht. Die Sozialdemokraten und Demokraten nur eine kleine Mehrheit im Hause ergaben und sich nicht durch die Zerstückelung des Zentrums in die Opposition die parlamentarische Arbeit im Reich auszuüben. In welcher Weise es gehen wird, weiß man nicht. Die Sozialdemokraten erheben als parteilose Partei keine Forderungen. Der Widerspruch, den sie dem Zentrum entgegenhalten, ist nur durch die Zerstückelung des Zentrums zu steigern. Das Zentrum kommt einerseits nicht zu, ist für möglich, denn die Entscheidung ist in der preussischen Landesversammlung, doch wesentlich schwerer als in Weimar.

Die Fraktionen haben sich heute kaumheit gebildet und ihre Vornamen gewählt.

Preussens plötzliche Staatsgewalt.

Der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen hat durch die letzten Beschlüsse des preussischen Staatsministeriums folgende Fassung erhalten:

- § 1. Die verfassunggebende preussische Landesversammlung hat die Befugnis der Verfassung der preussischen Staatsgewalt zu beschließen.
- § 2. Auf die verfassunggebende Landesversammlung finden die Artikel 21, 22 Abs. 1, 23 und 25 bis 32 der bisherigen Verfassung des Reiches Anwendung.
- § 3. Der Präsident der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung beruft die Regierung.
- § 4. Die Regierung ist eine kollegiale Behörde und besteht aus sämtlichen Staatsministern. Der Ministerpräsident führt den Vorsitz und ist der Vorsitzende der Regierung.
- § 5. Über Staatsminister bedarf zu seiner Amtsführung des Bewillens der verfassunggebenden Landesversammlung und ist ihr für seine Amtsführung verantwortlich. Die Verantwortlichkeit des Staatsministers gegenüber der Volksvertretung im Reich wird dadurch nicht berührt.
- § 6. Die vollständige Gewalt steht der Regierung zu. Ihr sind sämtliche Staatsgeschäfte unterstellt.
- § 7. Die Regierung ist verpflichtet, die von der verfassunggebenden Landesversammlung befohlenen Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen und ist zur Befolgung derselben verpflichtet.
- § 8. Die Nationalversammlung hat die Befugnis, die Regierung zu wählen oder den Grund anzugeben, warum eine Auflösung nicht erfolgt werden kann.
- § 9. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

Unmittelbar vor Friedensschluss.

Die aus dem feindlichen Zustand in den letzten Tagen einfließenden Berichte lassen erkennen, dass man dort tatsächlich mit einem sehr baldigen Abschluss des Waffenstillstandes rechnet. Welche Gestalt dieser Frieden annehmen wird, lässt sich nur unsicher vermuten. Dem deutschen Volk bleibt nur die Hoffnung, dass die Vorkriegsregierung mit aller Energie den Standpunkt vertreten wird, dass nur auf der Grundlage der gerechten Anerkennung der Lebensbedingungen des deutschen Reiches im Sinne der Wilsonschen 14 Punkte die Vereinbarung des Kriegszusammenhangs herbeigeführt werden kann. Im einzelnen liegen heute folgende Meldungen vor:

Demobilisierung in Frankreich.

Paris, 13. März. (Eig. Drahtber.) Das „Journal des Debats“ meldet: Die französischen Soldaten werden in der Zeit vom 10. bis 30. April nur von den französischen Militärbehörden in Anspruch genommen werden. Wie ein hoher französischer

Beauftragter berichtet, wird Frankreich die Demobilisierung in dieser Zeit gänzlich vollenden. Da der Friedensschluss nun unmittelbar bevorsteht.

Die Lebensmittelverhältnisse.

Ankunft der deutschen Unterhändler in Brüssel. Die drei Kommissionen für Lebensmittel, Schifffahrt und Finanzabkommen sind am 12. März, abends 8 Uhr, in Brüssel angekommen. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von sehr beglückten Militärbeamten begrüßt. Die Ankunft auf dem Bahnhof erfolgte im Gegenwart eines zahlreichen Publikums unter lauter Beifall. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im „Hotel Victoria“ am untergebracht. Freiheit des Telegraphierens, offen und diskret, des Telephonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert.

Die Entente-Bedingungen. Ueber die Bedingungen, die Admiral Benham heute in Brüssel der deutschen Waffenstillstandskommission in Bezug auf die Umstellung der deutschen Handelsflotte und die Aufstellung einer internationalen Kommission für die Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs mit dem Feind, hat sich die deutsche Seite mit dem Vizepräsidenten der Entente, dem Baron de Driège, in einem abends im „Hotel Victoria“ am untergebracht. Freiheit des Telegraphierens, offen und diskret, des Telephonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert.

Die Militärs haben beschlossen, dass die deutsche Handelsflotte nur unter ihrer eigenen Kontrolle der bei Erneuerung des Waffenstillstandes festgelegten Bedingungen in See gehen kann. Unter dieser Voraussetzung können die deutschen Schiffe bis zum Monatsanfang, wie es Deutschland verlangt hat, dieses mit Lebensmitteln versorgen. Man darf indes voraussetzen, dass der erste Versorgungstransport reichlich ausgestattet sein wird.

Ein Ultimatum?

Paris, 13. März. (Eig. Drahtber.) Die „Times“ meldet aus Paris: Die ultimative Forderung an Deutschland auf Herauslieferung der gesamten deutschen Handelsflotte wird eine beschränkte sein. Deutschland wird ersucht werden, sich in fünf Tagen über die Forderung zu entscheiden.

Rath gegen Lebensmittel.

In den Verhandlungen über die Realisierungsbedingungen und als Vertreter des Alliierten Komitees Gutzwiller, Richter, Dorn, Baur, Kappeler und Generaldirektor der Handelsflotte nach Paris am 12. März, um über den Austausch von großen Quantitäten Ration gegen Lebensmittel mit englischen Vertretern zu verhandeln.

Italienische Forderungen.

Paris, 13. März. (Eig. Drahtber.) In der schweizerischen Presse ist man über die Forderungen Italiens sehr enttäuscht. „L'Opera“ und „L'Espresso“ fordern die Auslieferung des „Munich“ und „L'Espresso“ fordert die Auslieferung des „Munich“ und „L'Espresso“ fordert die Auslieferung des „Munich“.

Deutschlands Flotte und Luftflotte.

Wie der „Temps“ berichtet, sollen nach den meinstimmigen Bedingungen der Entente Deutschland als fähige Flotte 6 Panzerkreuzer, 5 Minieren, 3 Torpedoboots, 26 Torpedoboots bewilligt, aber der Rest von U-Booten sowie anderen Kriegsschiffen werden werden. Nach Mitteilungen Berliner Blätter soll Deutschland alle seine Kampf- und Bombenflugzeuge, sowie auch alle landbaren Luftschiffe ausliefern. Die Alliierten werden später das von Deutschland ausgelieferte Flugzeugmaterial unter sich aufteilen. Weiter soll der Rest einer deutschen Luftflotte sich befinden werden.

Die Zukunft Seehandels.

In Erweiterung auf eine Anfrage im Unterhaus sagte der Staatssekretär der Admiralität nach einer Rede-Wendung aus London: Die Frage der Zukunft Seehandels wird von der Friedenskonferenz erzwungen. Der Wille der Jüngst durch Deutschland bedeutet eine beträchtliche Verflechtung der deutschen Seegewalt.

Die Frage der Dienstpflicht.

Unter dem Titel „Beschränkungen“ veröffentlicht der „Corr. du Sera“ einen Artikel, der sich bezieht auf die Dienstpflicht. Der Artikel ist ein Entwurf, der in Deutschland die Militärpflicht abzuheben und ein Bürgerrecht einzuführen, auf alle Staaten ausgehebt wird. Durch die Aufhebung der Landwehr würde das ganze wehrfähige Europa unter britische Kontrolle fallen. Das Militärwesen sei nur für sehr wenige Staaten oder für solche von alter kriegerischer Ueberlieferung geeignet, nicht aber für Völker, das auf sein Wohlstand abhien nicht verzichten wollen. Der zweite Teil des Aufsatzes wendet sich gegen die Abtretung des Saarbodens

an Frankreich, die die Amerika lösen gegenseitig habe, um sich der Abstellung aller Kriegsschiffe auf alle Verbündeten zu entscheiden. Man wolle 300.000 Deutsche einziehen wie eine Herde Vieh behanden. Die Pariser Konferenz drohe dadurch die Grundzüge Wilsons zu verletzen.

Eine neue Rede Laufsings.

Auf einem zu Ehren der amerikanischen Delegierten gegebenen Essen entwickelte Laufsing nach einer Rede von Koch in längerer Rede, in der er die Fakten der französischen Vorkriegs, blauen Gegeben, wie er die neueste Erklärung an die Presseverleiher zum Ausdruck gebracht hatte.

Der Schicksal der deutschen Schiffe in Südamerika.

Nach einer Rede vom 11. März in Washington wurden die Beamten des Staatsdepartements benachrichtigt, dass der Oberste Hof in Paris die in den atlantischen Gewässern befindlichen deutschen Schiffe mit einem Gehalt von etwa 100.000 Tonnen Waren befürworten. Die Beamten erließen jedoch, dass wahrscheinlich nur zwei oder drei Schiffe freigegeben werden können, während die meisten dringenden arbeitsfähig werden sind. Ueber den endgültigen Beschluss hinsichtlich dieser Schiffe jedoch sind auch die in den atlantischen Gewässern, die Frankreich zugesendet

sein wollen, und auf die Klüftung von New York befristet werden. Die deutschen Schiffe werden zugewiesen werden, wird später entschieden werden. Der Präsident des Schiffes amtes H. U. L. erklärte, die Entscheidung darüber, dass die Regierung die ihr zugewiesenen Schiffe in den atlantischen Gewässern annehmen werde, hänge von den Abtretungsbedingungen und der Beschaffenheit der Schiffe ab.

Schließung des deutschen Bessers in Amerika.

Reiter meldet aus New York: Der Gesamtmarkt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Vereinigten Staaten betrug am 15. Februar ungefähr 70 Millionen Dollar. All dies ist mit Wiedergeburt verbunden. Das deutsche Eigentum ist weiter aufgegeben, um alle Fortschritte amerikanischer Bürger und Körperschaften an die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu bedenken.

Berichtigung der Neutralen nach Paris.

Nach einer Neuermeldung haben sämtliche neutralen Staaten Europas, Afrika und Südamerika von Seiten der Friedenskommission die Einladung zu einer nicht-offiziellen Konferenz erhalten, die am 20. März in Paris stattfinden werden. In unmittelbarer Form ihre Stellung zum Waffenstillstand zu präzisieren.

Schwarze Truppen am der Rhein!

„Leit“ berichtet, dass wahrscheinlich im Frühjahr die schwarzen Truppen am der Rhein gelandet werden.

Die Auslieferung des Reiches gefordert?

Nach einer Information der „Daily Mail“ als unterirdischer Pariser Quelle hat der Ausschuss der Kommission für die Schulden nach dem Krieg beschlossen, die Auslieferung des deutschen Reiches von der britischen Regierung zu fordern.

Ruhe in Berlin.

Berlin ist im allgemeinen wieder ruhig. In kleineren Zusammenkünften kam es noch in Reutlingen, Pflanzberg und Oberschöneeweide. Das landwirtschaftliche Erzeugnisse und Zufuhrverbindungen sind aber überall größtenteils unterbrochen und Zufuhrverbindungen. Im Laufe des vorigen Tages wurde in Nürnberg die Eisenbahn verlegt. Die Eisenbahnabgabe nimmt ihre weiteren Verlauf, die Eisenbahn ist unterbrochen, die Eisenbahn ist unterbrochen, die Eisenbahn ist unterbrochen, die Eisenbahn ist unterbrochen.

Die Todesopfer der Urkunden.

Die Todesopfer der Urkunden sind so groß, dass die Untersuchung der Leiden bereits auf 50.000 an der Zahl ist. Im Gebiet des Eisenbahnverkehrs sind noch 196 Eisenbahnstellen unterbrochen. Die Untersuchung der Todesopfer ist mit dem Ende des Krieges verbunden. Die Todesopfer sind so groß, dass die Untersuchung der Leiden bereits auf 50.000 an der Zahl ist. Im Gebiet des Eisenbahnverkehrs sind noch 196 Eisenbahnstellen unterbrochen. Die Untersuchung der Todesopfer ist mit dem Ende des Krieges verbunden.

Die Schuld der F. S. B. in Reutlingen.

Herr Appich, der kommunale Polizeipräsident von Reutlingen, hat am Mittwoch eine Ansprache an die Bevölkerung an den Anhängern veröffentlicht, in welcher er mitteilt, dass die Schuld an den Urkunden in Reutlingen die Schuld der F. S. B. in Reutlingen ist. Die Schuld an den Urkunden ist die Schuld der F. S. B. in Reutlingen. Die Schuld an den Urkunden ist die Schuld der F. S. B. in Reutlingen.

Die Unternehmungen gefommen.

Einen interessanten Zwischenfall aus den letzten Tagen berichtet man dem „Tag“ wie folgt: In der Schlegelstraße überließen in der Dunkelheit zwei Juweliere und ein Maler ein gutgekleidetes junges Mann, offenbar in der Absicht, ihn zu berauben. Die Juweliere liefen zur Wache, indem er keine neuen Gegenstände durch einen Strohbeutel über dem Kopf außer Gesetzt ließ, dann von zweien in küniglicher Weise niederstießen und der Wachen, als er einen Revolver aus dem Gürtel ziehen wollte, durch einen Stich vor der Wange abstoßen ließ. Die Wachen sind nicht zu befehlen, die Wachen sind nicht zu befehlen, die Wachen sind nicht zu befehlen.

Eine Warnung in letzter Stunde.

Eine Rundgebung, deren Organisation einige der wichtigsten Verbände der deutschen Wirtschaft, der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverband, der Deutsche Industrie- und Handelsverband, der Reichsverband der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels und der Arbeitgebervereine des deutschen Einzelhandels ist die Sachgenannte der unabhängigen gefommen Vertreter des Unternehmens aller Gewerbe im großen Saale der Berliner Hofoper. Nach einer eingehenden Ansprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

So schnell wie möglich ist der Beginn der Kriegswirtschaft zu befehlen. Die Sozialisierung mag man für einseitige Gewerbezuweisung zugehen, was ausnahmeweise von ihr mit Sicherheit eine Einwirkung des Ertrages zu erwarten ist und sein Überwiegend der Bedarf zu befehlen ist. Die Produktion der Wirtschaftlichen Kräfte vermindert. Durch Steuern dürfen nicht der Volkswirtschaft die Mittel entzogen werden, die zu ihrer Erhaltung und Entfaltung erforderlich sind. Die Arbeiter und Angestellten mögen sich dessen bewusst sein, dass die Wohl mit dem Geben der gesamten Volkswirtschaft verknüpft ist. Wohlstand und Arbeitslosigkeit müssen wieder auf die letzten Jahre zurückgeführt werden. Arbeitsbeschäftigung, Gemeinwohl und unermesslichen Streiks führen zu grenzenlosem Elend. Noch ungenutzte Fähigkeiten können wie nur einen Frieden münden.

Statt Karlen.
**GERTRUD SPATH
PAUL ELKNER**
VERLOBTE.
Halle Merseburg
März 1919.

Ich halte vom 15. März ab wochentäglich in **Halle a. S.**
Sprechstunden
in der Heilanstalt „Weidenplan“ (Tel. 6583 u. 6586)
von 12-1 Uhr
u. in meiner Wohnung, Karlstr. 35 (Tel. 1562)
von 3-4 Uhr.
Prof. Dr. Stieda
HALLE A. S.
Facharzt für Chirurgie und Orthopädie.

Veren
zur Hebung der
Geflügelzucht.
Sonntag, den 16. d. Ms.,
3 Uhr nachmittags
in Casino (Reiner Saal)
Besprechung
allgemeiner Tagesfragen.
Wir bitten um rege und
pünktliche Beteiligung aller
und heißen alle Freunde der
Geflügelzucht herzlich will-
kommen.
Der Vorstand.
Wir geben vom Morgen ab
an ehernannt
Hören, das Bind - 18 Pf.
u. Grünkopf, d. Bld. - 25 Pf.
ab L. A. H. 703/19
Städt. Lebensmittelverteilung,
Gr. Ritterstraße 18

Stadttheater Halle
Anfang 5 Uhr.
Heute Freitag: „Der Bar-
bier von Sevilla“. Sonn-
abend: „Die Rose von
Stambul“. Sonntag:
„Carmen“. Montag: „Das
Dreimäderlhaus“.

Gebr. Bethmann.
Werkstätten
für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Gr. Steinstraße 79-80.
Klubsessel
in weicher Polsterung.

Reffourcengefellchaft
Die diesjährige
ordentliche Generalversammlung
findet am Sonntag, den 30. März, vormittags 11,30 Uhr, im
Schloß, Sitzungssaal des Bezirksausschusses (Reudau) statt.
Alle Mitglieder werden hierdurch ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1918.
2. Beschlußfassung über Erneuerungsschulden.
3. Anderweite Festsetzung der Beiträge.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand
von Wersdorf.

Wenden Sie sich wegen preiswerter, gediegener
Möbel
an
O. Scholz Ww.
Telephon Nr. 458 Merseburg a. S. Gouthardstr. 34.

Holzverleigerer
der Oberförsterei Halle,
Schloßgasse 10, Halle a. S.,
Mittwoch 19. März 1919, von
vormittags 10 Uhr ab im
Thammschen Gasthof in Reu-
den. (Tages 42/44, 47, 54, 55, -
Schlag und Sammelholz).
5 rm Eichen-Zehnfußschloß
(für 10 Stühle); 200 rm Eichen-
Schelte u. -Anzügel; 100 rm
Eichen-Meißel; 20 rm
Kornbrot-Schelte u. -Anzü-
gel; 200 rm Meißel u. W. G.

1000 Mk. Belohnung
sichere ich demjenigen zu, welcher mir die Diebe nachweist, welche in der Nacht vom 13. zum
14. März, 1/2 3 Uhr, in meinem Geschäft einbrachen.
Samt, Aktrahan- und Seiden-Mäntel,
Herren-Anzüge, Kleiderstoffe und Voile
haben, damit ich sie gerichtlich belangen kann. Die Spur führt durch das Heilmann'sche
Grundstück nach der Meißnauer Meile.
H. Taitza, Neumarkt 18.

5000 Rollen Kautabak eingetroffen.
Garantiert rein. Gebt auch grössere Posten ab.
Otto Fuchs
Zigarren- und Zigaretten-Spezialgeschäft
Merseburg
Kleine Ritterstr. 16 * Tel. 304 u. 375.

Möbel-Verwertung
Halle a. S.
Schlafzimmer (Stiche sehr)
Eiweisszimmer mit Teppich u.
Uhr, Wohnzimmer, Küchen,
Eiweiss, Stühle, Goldschänke
(Eiche), Kaffee-Schänke,
(Weiss), Kleider-Schänke, Sofas,
Spiegel-Schänke, Einfaß und
der auf
Northwinger 3, Emil Winkel,

Zur
Konfirmations-Schneiderei
empfehle in bestmöglicher reicher Auswahl
Weisswaren u. Schneiderei-Artikel.
Spachtelgarnituren - Jabots - Rüschen - Plissé - Knöpfe - Besätze
Einsätze - Tüll- und Spachtelstoffe - Metallplains - Kurzwaren.
Sehr grosse Farbauswahl weicher Besatzseiden
Entzückende Neuheiten in Spitzenkragen, Tüll-Unterblusen, Fichus.
In Schleiern, Handschuhen, Strümpfen, Korsetts, Untertailen,
einfarbigem und buntem Bändern, Schürzen, Handarbeiten, Herren-Artikeln
gut sortierte Lager in bewährten Qualitäten
Wieder eingetroffen
Stopfwolle für Strümpfe in schwarz und farbig
bezugscheinfrei.
G. HOFFMANN inhaber **MARKT 19**
Bernhard Taitza
Fernsprecher 464. Mitglied des Rabatt-Sparvereins. Gegründet 1846.

geben wie
**Speisezimmer-
Einrichtung**
Küchen, Stühle, Sofas und Lampen,
u. dergleichen, in bester Ausführung
Salon-Einrichtung
mit dem neuesten
**Schlafzimmer-
Einrichtung**
ebf. mit guter Bekleidungs-
rocken
Friedrich Peitke,
No. 25,
Königsplatz 18

**Speise-Zimmer,
Herren-Zimmer,
Damen-Zimmer,
Schlaf-Zimmer,
Küchen**
in einander die ganz
reiner Ausführung.
Große Auswahl.
Möbelfabrik
Albert Martich Nachl.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
Alter Markt 2.

in Pension.
Auskunft in der Exped. dieses
Blattes.
Ein Fahrstuhl
No. 1004, Königsplatz 18.

**Ostenhasen,
Gewürzte Eier
und Nester**
verkauft Einmachend
Martha Hoffmann,
Gottardtstraße 14, 1. Etage
Reichardt's Schokoladen-Geschäft

Ankammergläser
Größe 5x30 und kleiner fort
an auf den Exped. d. Exped.
unter A. K. 90 an die Ex-
pedition dieses Blattes.
Eintaste Erträge oder eines
Hausmädchen
gesucht, das nähen und
schneidern kann.
Frau Meißner
Merseburg, Poststr. 14.

Sachgeheim u. Verbandsaus
für
Gummwaren
und sonstige Artikel
C. Klappenbach
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41
Telefon 6545.

In grosser Auswahl finden Sie bei mir
Möbel aller Art,
wie Schlafzimmer kompl. m. Marmor u. Spiegel lackiert und echt Eiche
Küchen, moderne Muster, farb. lackiert, grosses Lager.
Schänke, Vertikos, Postenmöbel eig. Fabr.
Beistellen, Waschtische, Spiegel, Tische, Stühle.
Teilzahlung nach Wunsch meiner Kundschaft.
Carl Klingler, Halle (Saale)
Leipzigerstr. 11, 1. Et.
Eing. Sandberg.

Krautsamen
hat abgegeben.
Oswald Verthold, Blüten.
**Gebrauchte Kisten,
Kübel u. Pappkästen**
werden abgeben an
Städt. Lebensmittelverteilung,
Größe Ritterstr. 5,
L. A. H. 702/19.
Ein Paar neue
Herrenstiefeln
Größe 42 zu verkaufen, wo,
lässt die Expedition d. Blts.

Wer erteilt
Halle a. S.
Unterstützung
Mandolinen
Halle a. S.
an die Exp. d. Blts.

125 Stunden Licht! gibt uns e. neue Haus-
und Stall-Beleuchtung.
Keine Lichtnot mehr! Unabhängig vom elek-
trischen Anschlag
Preis 17 Mark und Porto. - Erprobung gratis.
Diese Lampe mit 20 Stunden Brenndauer 12 Mark.
Vertreter, auch für andere lohnende Artikel überall gesucht.
Käsdorf & Wietfeld, Abt. L. Dsmig (Med.) Polisch 8.
Ein starker Zugochse
steht preiswert zu verkaufen.
Zweimen Nr. 1.

Kaufmännischer Lehrling
für sofort oder 1. April 1919 ge-
sucht. Anfragen an die Exped. d. Bl.

Jüngerer Arbeiter
gesucht.
Gaisser, Dammer 3.
Bäcker-Lehrling
sucht Herrn Otto Zandy,
Defarische Str. 41.
1 Stülperlehrling
sucht Herrn ein
H. Reinecke, II. Altenburg 34.

Verantwortliche Redaktion: Politisch, Dsmig, und pres. Teil: Dsmig, Sport: M. Hochmeister, Anzeigen: O. Dsmig.
Druck und Verlag: Reudauer Druck- und Verlagsanstalt F. Dsmig. Druck in Reudau.

Befehl!

Auf Grund des von mir verordneten Belagerungszustandes verordne ich:

Alle Schusswaffen und alle Munition aus Heeresbeständen (Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolvergeschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer), die im Besitze dazu unbefugter Personen sind, sind bis zum

15. März, 6 Uhr abends

bei der Polizei abzugeben.

Schusswaffen aus Heeresbeständen sind auch die im Inlande befindlichen aus feindlichen Heeresbeständen stammenden Schusswaffen.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich ferner auf sonstige Faustfeuerwaffen moderner Konstruktion sowie dazu gehöriger Munition.

An diesen Waffen ist zwecks späterer Rückgabe der Name des Einlieferenden sichtbar und dauerhaft anzubringen.

Der bisherige unbefugte Besitz bleibt straflos, wenn die Ablieferung bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte erfolgt.

Wer nach Ablauf der Ablieferungspflicht im unbefugten Besitze von Waffen oder Munition der im Absatz 1 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe zusätzlich bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 3 Monaten. — § 3 der Verordnung über den Waffenbesitz vom 13. Januar 1919, Reichs-Gesetzblatt Seite 31.

Dieser Befehl ergeht im Interesse der öffentlichen Sicherheit, und seine Uebertretung wird, sofern nicht die obenstehenden Strafen verwirklicht sind, nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Halle a. S., den 13. März 1919.

gez. Maercker.

Generalmajor und Kommandeur des Freim. Landesjäger-Korps.

Bekanntmachung.

Vom Reichsmilitärkommando habe ich Befehl erhalten, alle Waffen aus Heeresbeständen, die sich in der Stadt Merseburg und ihrer Umgebung in den Händen Unbefugter befinden, einzuziehen.

Ich befehle:

Alle Personen, die Waffen aus Heeresbeständen (Maschinengewehre, Gewehre, Karabiner, Pistolen aller Art, Seitengewehre) od. Munition (Handgranaten, Patronen) besitzen, haben sie bis 13. 3. 19, 6 Uhr abends bei der Polizei abzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt sichere ich Straflosigkeit zu. Wer nach dem 13. 3. 19 um 6 Uhr abends im Besitze von solchen Waffen oder Munition getroffen wird, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. bestraft.

Halle a. S., den 10. März 1919.

gez. Maercker

Generalmajor und Kommandeur des Freim. Landesjäger-Korps.

Da der Befehl zu spät eingegangen ist, wird der Zeitpunkt der Abgabe bis zum 16. 3. 19, 12 Uhr mittags verlängert.

Merseburg, den 13. März 1919.

Garnisonkommando.

Garnison-Soldatenrat. Diejeener Hauptmann.

25,00 Mark

zähle ich dem, der mir eine möblierte Wohnung evtl. mit Schlafkabinett nachweist. Gest. Offerten sind zu richten an Christianenstraße 23 (Wolkeri).

50,00 Mark

zähle ich dem, der mir eine Wohnung mit 3—4 Zimmern nachweisen kann, bei Abschluß des Vertrages. Gest. Offerten sind zu richten an Christianenstraße 23 (Wolkeri).

Die Mitgliederbücher

werden in der Zeit vom 12.—20. März d. J. ausgegeben.

Gleichzeitig erfolgt die Auszahlung der auf 5 Prozent festgesetzten Dividende für vollgezahlte Anteile und Auszahlung der Guthaben ausgeschiedener Genossen.

Für nicht vollgezahlte Anteile sind in derselben Zeit die Beiträge zu entrichten.

Merseburg, den 10. März 1919.

Vorschuß-Verein zu Merseburg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

E. Hartung. Hildecke. Ortmann.

Achtung!

Achtung!

Empfehle meine selbsthergestellten Waren:

Auftragbüchlein Kleiderbüchlein
Glanzbüchlein Bratenbüchlein
Schneerührer Küchenrechen
verschiedener Art Hochhaardesen
Estrubber Hochhaardesiger
Gläserbüchlein Reihstrohbejen
Kartäuschen Reihstrohhandjeger.

Sämtliche Waren sind gut und dauerhaft gearbeitet. Für Wiederverkäufer größerer Posten Rabatt.

Wilhelm Göthe

Büchsenmacher
Neumarkt 78. Neumarkt 78.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 16. März 1919 (Reminiscere).
Gesammelt wird eine Kollekte für den Verband der evangelischen Pfaffenvereine.

ES predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Stihorn.

Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.

Nachm. 5 Uhr: Diakon's Bütte.

Abends 7, 8 Uhr: Jungmänner-Verein des Vaterländischen

Brauereivereins, Schmehr. 1.

Polsterei-Gesellschaft Sonntag abends von 11 bis 12 1/2 Uhr

mittags.

Montag abends 8 Uhr: Paffionsbibelstunde in der Her-

berge zur Heimat. Diakon's Bütte.

Dom. Frauenhilfe. Dienstag abends 8 Uhr in der Kaffee-

Wirtsch. 2. Vortrag des Herrn Superintendenten

Stihorn. — Gäste sind willkommen.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Niem.

Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst. Derselbe.

Abends 8 Uhr: Evang. Männer- und Jünglingsverein.

Wahlstr. 1. Pastor Wetzer.

Ev. Mädchenbund St. Margit.

Montag, abends 8 Uhr: Lesesab.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung, Wühlstraße 1.

Pastor Niem.

Donnerstag, abends 7/8 Uhr: Ev. Frauenhilfe, Vortrag

Pastor Niem: „Was leidet die Kirche dem Staat“.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Schumann.

Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst. Derselbe.

Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe, Unter-Altenburg 88.

Montag, abends 8 Uhr: Lesesab. Unter-Altenburg 88.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kranze.

Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Evang. Mädchenverein

St. Thome im Jugendheim, Werderstraße.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 16. März 1919

Früh 6 Uhr: Veilichte.

7/8 Uhr: Gebetstunde und Predigt.

9, 10 Uhr: Hochamt und Predigt.

Nachm. 7 Uhr: Christenlehre und Andacht.

Sonabend abends von 7 Uhr an Veilichte.

Merseburger Turnerischeft.

Gemeinsames Turnen der männlichen Mitglieder
Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr
der weiblichen Mitglieder
Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr
in der städtischen Turnhalle, Wühlstraße.
Die Turnhalle ist abeligt.

Scheune oder verschließbarer Lagerraum

zu mieten oder zu kaufen gesucht.

Gebr. Seibicke, Eisenhandlung.

Befehl.

Zur Durchführung des mir von der Regierung erteilten Auftrages, in Halle a. d. S. und Merseburg, sowie deren Umgehung die aus **Reeresbeständen** in den Händen Unbefugter befindlichen Waffen einzuziehen, verhängte ich auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 über den unter I näher bezeichneten Bezirk den

Belagerungs-Zustand.

I. Der in Belagerungszustand erklärte Bezirk wird von folgenden ideellen Linien umgrenzt, wobei Orte, die von den Linien durchschnitten werden, als innerhalb des Bezirks gelegen anzusehen sind:

Könnern — Seeburg — Schaffstädt — Mücheln — Dürrenberg — Schkenditz — Delitzsch — Bitterfeld — Wolfen bis zur Grenze von Anhalt, dieser folgend bis zum Schnittpunkt mit der Straße Könnern — Berwitz — Gröbzig — Könnern.

II. Außer Kraft gesetzt werden die nachstehenden Artikel der preussischen Verfassung:

Artikel 5: „Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben insbesondere eine Verhaftung, zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.“

Artikel 6: „Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Hausdurchsuchungen, sowie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet.“

Artikel 7: „Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft.“

Artikel 36: „Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörde verwendet werden. In letzter Beziehung hat das Gesetz die Ausnahme zu bestimmen.“

III. Zur Kenntnis der Bevölkerung bringe ich die nachstehenden Bestimmungen des Gesetzes über den Belagerungszustand:

§ 8: „Wer in einem im Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte der vorsächlichen Brandstiftung, der vorsächlichen Verurteilung einer Ueberschweemmung oder des Angriffs oder des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder Abgeordnete der Zivil- oder Militärbehörde in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen, sich schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft.“

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann statt der Todesstrafe auf 10 bis 20jährige Zuchthausstrafe erkannt werden.“

§ 9: „Wer in einem im Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte

b) ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt, oder

c) zu dem Verbrechen des Auftrahs, der tätlichen Widersetzlichkeit, der Befreiung eines Gefangenen oder zu anderen in § 8 vorgesehenen Verbrechen, wenn auch ohne Erfolg, auffordert oder anreizt, oder

d) Personen des Soldatenstandes zu Verbrechen gegen die Subordination oder Vergehungen gegen die militärische Zucht und Ordnung zu verleiten sucht,

so, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.“

§ 10 Absatz 1: „Wird unter Suspension des Artikels 7 der Verf.-Urk. zur Anordnung von Kriegsgerichten geschritten, so gehört vor dieselben die Untersuchung und Aburteilung der Verbrechen des Hochverrats, des Landesverrats, des Mordes, des Auftrahs, der tätlichen Widersetzlichkeit, der Zerstörung von Eisenbahnen und Telegraphen, der Befreiung von Gefangenen, der Meuterei, des Raubes, der Plünderung, der Entführung, der Verleitung der Soldaten zur Untreue und der in den §§ 8 und 9 mit Strafe bedrohten Verbrechen und Vergehungen, insofern alle genannten Verbrechen und Vergehungen, nach der Erklärung und Bekanntmachung des Belagerungszustandes begangen oder fortgesetzte Verbrechen sind.“

Die §§ 8 und 9 treten sofort in Kraft. Vom Verhalten der Bevölkerung hängt es ab, ob ich noch besondere in das öffentliche Leben einschneidende Massnahmen erlasse und wie in Halle a. S. auch für den Bezirk unter I ein

außerordentliches Kriegsgericht

einsetze. Dessen Urteile unterliegen keiner Aufhebung und werden sofort vollstreckt.

IV. Gemäß § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand verleihe ich allen Offizieren und Oberjägern des freiwilligen Landesjäger-Korps die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

V. Untersagt ist das unbefugte Befehligen oder Unkenntlichmachen der durch Anschlag oder Aushang zur Kenntnis der Bevölkerung gebachten Befehle und Bekanntmachungen der öffentlichen Behörden. Zuwiderhandlungen sind nach § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand strafbar.

Halle, am 13. März 1919.

gez. Maercker,

Generalmajor und Kommandeur des Freiwilligen Landes-Jäger-Korps.